

Elke Steven

## **Für Demokratie und Menschenrechte - gegen einen Angriffskrieg gegen den Irak**

**Der Krieg gegen den Irak wird weiterhin vorbereitet.** Daran ändern weder die Irak-Resolution des UN-Sicherheitsrates etwas, noch die unbehinderte Waffeninspektion im Irak, noch das umfangreiche Dossier des Irak über militärische Planungen und dual-use Produkte und Produktionen. Dieser Krieg wird ganz konkret mit Truppenaufmärschen, mit der Zerstörung irakischer Militäranlagen, dem Bau von Basen und dem Anlegen von Munitionsdepots für einen eventuellen Bodenkrieg vorbereitet. Irakische Kurden werden trainiert und Schiiten zum Kampf gegen Bagdad ausgebildet. Aber werden nicht ständig neue Kriege vorbereitet?

Christa Wolf schrieb in ihrer Cassandra-Erzählung: *„Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg? Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Stein, in Ton eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde unter anderen Sätzen: Lasst Euch nicht von den eigenen täuschen.“*

**Ja, wann beginnt eigentlich der Vorkrieg?** Beginnt er nicht schon nach jedem Krieg, beginnt die Vorbereitung des nächsten Krieges gar schon im Krieg? Wechseln wir allenfalls zwischen Vorkriegs- und Kriegszeiten ohne je in einer Nachkriegszeit dem Frieden eine Chance zu geben? Was müssten wir tun, um aus diesen Kriegszwängen herauszukommen? Vorkrieg beginnt sicher schon bei dem Wettlauf um Rüstung und bei der ungleichen Gestaltung der Lebensverhältnisse auf dieser Welt. Daran wäre anzusetzen.

In der Folge des 11. Septembers tritt jedoch auch das **undemokratische Gebaren der Mächtigen dieser Welt** immer deutlicher zu Tage. Die Welt wurde seitens der dominierenden Mächte schnell eingeteilt in gut und böse, in Freund und Feind. Diese Zweiteilung der Welt, in der es kein Drittes mehr gibt, widerspricht dem demokratischen Gedanken der Pluralität, der Meinungsfreiheit, des Schutzes der Rechte von Minderheiten. Burgfrieden statt Meinungsstreit, Subalternität statt selbstbewusster Interessenwahrung bestimmen das Verhältnis zu der einzig verbliebenen Weltmacht. Und dieses Verhalten soll auch das Verhältnis zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen insgesamt bestimmen.

Der New Yorker Bürgermeister Giuliani formulierte es in seiner Ansprache an die Vereinten Nationen am 1. Oktober 2001 so: *„Ihr seid entweder für die Zivilisation oder für die Terroristen. Auf der einen Seite gibt es Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respekt für menschliches Leben; auf der anderen Seite die Tyrannei, willkürliche Hinrichtungen und Massenmord.“* Das sind Verdrehungen in orwellischer Manier, die nicht nur die Verstöße gegen internationales Recht durch die USA wie auch durch die anderen westlichen Staaten leugnen, sondern auch die Zustände in den eigenen Ländern schön und falsch reden.

**Demokratie, menschenrechtliche Rechtsstaatlichkeit und Respekt für menschliches Leben wären grundlegende Voraussetzungen für Frieden.** Sie werden jedoch durch die mächtigen Staaten dieser Welt nicht garantiert, sondern mit Füßen getreten. Kriegsunterstützung wird durch finanzielle Mittel gekauft und erpresst, die irakischen Dokumente über Waffen und dual-use Programme werden den Vereinten

Nationen geraubt. Der Sicherheitsrat wird solange unter Druck gesetzt, bis die Mitglieder einer vielfältig interpretierbaren Resolution zustimmen. Und keiner bezweifelt, dass die USA entweder im Alleingang oder sogar mit erpresster Zustimmung des Sicherheitsrates einen Krieg gegen den Irak führen können. Auch ein Krieg gegen den Irak, dem der UN-Sicherheitsrat zugestimmt hat, wird Unrecht sein. Ein solcher Krieg widerspräche den Menschenrechten, die für alle Menschen und nicht nur für Adie Guten@ gelten. Bei einem Angriff auf den Irak kämen Völkerrecht und die UN unter die Räder. Die USA und ihre Gefolgsleute aus den reichen Staaten können sich nur auf das Recht des Stärkeren berufen, was immer Unrecht gewesen ist. Das deutsche Grundgesetz verbietet ausdrücklich die Unterstützung und Beteiligung an einem Angriffskrieg und stellt solche Handlungen unter Strafe (Artikel 26 GG).

**Kriegspolitik ist Geheimpolitik.** Demokratie erfordert jedoch die Möglichkeit, Informationen zu prüfen, staatliches Handeln zu kontrollieren und oppositionelle Meinungen vorbringen und diskutieren zu können. Geheimdienste aber operieren lange vor jedem Krieg im Geheimen. Die Erkenntnisse, die sie uns Bürgern und Bürgerinnen dann mitteilen, sind nur solche, die ihren Zielen und Interessen dienen. Also: **Lasst Euch nicht von den eigenen täuschen.**

Die auf Herrschaft und Dominanz orientierte und auf ökonomischer und militärischer Gewalt beruhende Außenpolitik wird unmittelbar wirksam auch in der nationalstaatlichen Innenpolitik. Es entsteht eine Tendenz zur diskursiven Gleichsetzung von Krieg und Kriminalität und innerer und äußerer Sicherheit. Immer wieder wird nun vorgeschlagen, die Bundeswehr auch im Inneren gegen die Bürger und Bürgerinnen einzusetzen.

**Die Zweiteilung der Welt findet ihre Entsprechung im Inneren.** Kritiker, vor allem aber die von der Gesellschaft Marginalisierten werden zu AFeinden@ erklärt und ihrer Rechte beraubt. Die von der Gesellschaft Ausgegrenzten und an den Rand Gedrängten werden als erste verdächtig und Opfer der neu-alten Sicherheitspolitik. **Von Kontrollen, Fahndungen, Überwachungen und Festnahmen sind Ausländer und Ausländerinnen, Asylsuchende seit dem 11.9. in noch größerem Maße betroffen als vorher.** Gegenüber Menschen, die als direkte oder indirekte Opfer der weltweit konkurrierenden Wirtschaftsinteressen in den westlichen Staaten Schutz und Hilfe suchen, gilt nur noch die Arroganz der Habenden: Sie werden an den Grenzen gejagt, jede Einreise und Asylantragstellung soll verhindert werden und der Rest wird Aerleichtert@ ausgewiesen.

Das Regime im Irak wird aufgrund seiner Diktatur und Unterdrückung - zu recht - kritisiert. Diejenigen jedoch, die davor fliehen und bei uns Schutz suchen, haben kaum eine Chance Asyl zu erhalten. Die Anerkennungsquote ist angesichts des Krieges gar noch gesunken. Sie sollen wenn irgend möglich abgeschoben werden.

Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft wird geschürt von einer Politik, die Ausländer generell unter Verdacht stellt - wie dies in der ergebnislosen Rasterfahndung geschah -, und von Medien, die diesem Bild entsprechend berichten. Der Jahresbericht der AEuropäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit@ (EUMC) bemängelt eine - seit dem 11.9. - wachsende soziale Ausgrenzung von Ausländern in der EU. Die US-Bundespolizei FBI berichtet von einer gestiegenen Zahl gewaltsamer Übergriffe auf Angehörige der islamischen Minderheiten in den USA. Auch solchen Feindbildern wollen wir uns entgegenstellen, denn auch sie bereiten den Krieg

in den Köpfen vor.

Von Kontrollen, Fahndungen, Überwachungen und Festnahmen sind auch alle Kritiker und Kritikerinnen in dieser Gesellschaft zunehmend betroffen. **Das Recht auf Versammlungsfreiheit, das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit - alle diese Freiheitsrechte werden immer wieder widerrechtlich eingeschränkt.** Angesichts der Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 1. und 2. Februar diesen Jahres waren zum Schutz derjenigen, die in Ruhe Krieg planen wollten, die Grundrechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit in einer ganzen Großstadt außer Kraft gesetzt. Als viele Bürger und Bürgerinnen gegen die Politik George W. Bushs demonstrieren wollten, als dieser im Sommer diesen Jahres in Berlin weilte, war Protest nur weit außerhalb seines Wahrnehmungskreises möglich. Er sollte nichts wissen von dem Protest gegen seine Politik. Immer wieder erhalten Bürger und Bürgerinnen aufgrund dubioser polizeilicher *AErkenntnisse@* Ausreiseverbote und Meldeauflagen. Kurz vor Gipfeltreffen in irgendeinem der europäischen Staaten wird ihnen mitgeteilt, dass sie die Bundesrepublik nicht verlassen dürfen - oder sie werden an der Grenze zurückgewiesen. Für die Zeit von Castortransporten wird ihnen vorsorglich auferlegt, sich mehrmals täglich auf einer Polizeistation zu melden. Und Busse, die von Berlin nach München zu Veranstaltungen gegen die Sicherheitskonferenz fahren, wurden zwar in Berlin durchsucht und dann polizeilich begleitet, 100 km vor München wurden sie jedoch aufgehalten und zurückgeschickt. Die Daten der KritikerInnen werden ohne jedes Maß gespeichert.

**Wir werden uns unser Recht auf Versammlungsfreiheit jedoch nicht nehmen lassen. Rechte werden nicht gewährt, wir haben sie und werden sie in Anspruch nehmen!**

Der vorgebliche Kampf um Menschenrechte, Demokratie und Freiheit wird mit Gewalt, Unterordnung, Nationalismus und Ungerechtigkeit geführt. Dagegen protestieren wir hier und heute! Sollte es tatsächlich zu einem Krieg gegen den Irak kommen, werden wir unser Recht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen und mit gewaltfreien Sitzblockaden die Kriegsmaschinerie möglichst nachhaltig stören, die militärisch-kriegerischen Manöver be-, wenn nicht verhindern. Dann werden wir alle Soldaten auffordern, sich an diesem völkerrechtswidrigen Krieg nicht zu beteiligen, sich gemäß der Rechtsordnung zu verhalten und gegebenenfalls zu desertieren. **Alle Soldaten der Bundeswehr - insbesondere die 500 AWACS-Piloten, die sich direkt am Krieg beteiligen sollen, - rufen wir schon heute auf, sich nicht an den Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg zu beteiligen. Jedes Teilchen im Getriebe dieser Kriegsmaschinerie wird schuldig.** Das Grundgesetz sagt: *AHandlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.@* (Art. 26 GG)

Kontakt: Dr. Elke Steven (Sekretariat des Komitee für Grundrechte und Demokratie; Pressesprecherin von *resist*)  
Tel: 0221 - 9726930; 0177 - 7621303; Fax: 0221 - 9726931; E-mail: Elke.Steven@web.de